

Mainz, 12.05.2015

Antrag 0937/2015 zur Sitzung Stadtrat am 20.05.2015

gem. Antrag: Gleichstellungsaktionsplan (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Es soll innerhalb der Verwaltung und durch die Vertreterinnen und Vertreter des Rates in Ausschüssen zukünftig stärker auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Beschlüssen geachtet werden.
2. Insbesondere im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Förderung von Frauen in Führungspositionen stärkt die Stadt Mainz ihre Aktivitäten und Maßnahmen.
3. Die Beschlüsse aus dem Gleichstellungsaktionsplan sollen umgesetzt werden.
4. Die Ergebnisse aus dem Workshop des Ausschusses für Frauenfragen sind in die Fortschreibung des neuen Plans einzuarbeiten und weiterzuentwickeln.
5. Aspekte des Genderbudgeting sollen verstärkt umgesetzt werden,
6. Die geschlechtergerechte Stadt- und Verkehrspolitik wird fortgesetzt.

Begründung:

Der Mainzer Stadtrat hat 2002 einen Grundsatz zum Gendermainstreaming gefasst. Als Folge dieses Beschlusses wurde das Konzept Gender MAINZstreaming entwickelt. Die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter kann aber noch nicht festgestellt werden, weshalb eine Fortschreibung und Weiterentwicklung des Gleichstellungsaktionsplans nötig ist. Politik und Verwaltung sind gefordert ihren Teil für eine Gleichstellung der Geschlechter zu leisten: Dafür zu sorgen, dass Geschlechterstereotype überwunden werden und eine echte Chancengleichheit herrscht.

Im Rahmen des Konzepts Gender MAINZstreaming wurde die Abfrage der geschlechtsspezifischen Folgen eines Beschlusses verbindlich zum Teil jeder Beschlussvorlage durch die Verwaltung. Hintergrund ist, sich darüber bewusst zu werden, welche Folgen ein Beschluss für welche Teile der Bevölkerung hat. Geschlechtsspezifische Folgen eines Beschlusses sollen künftig größere Aufmerksamkeit erfahren, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung wie auch Stadtratsmitglieder verstärkt für geschlechtsspezifische Folgen und Aspekte zu sensibilisieren.

Zum einen sollen Beschlüsse wie beispielsweise der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten, die sich gleichstellungsfördernd auswirken besonders hervorgehoben werden, zum anderen soll eine Darstellung der geschlechtsspezifischen Folgen und Aspekte beispielhaft in den Bereichen der Stadt- und Verkehrsplanung als Reflexionspunkt dienen, um ein stärkeres Bewusstsein im Sinne des Gendermainstreaming bei den fachlichen Entscheidungen zu erzielen.

Zu einer erfolgreichen Gleichstellungspolitik gehört, dass die Sichtweise von Frauen und Männern selbstverständlich in das Verwaltungshandeln integriert wird, um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen.

Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit sind keine Freiwilligkeit, sondern wichtige Aufgaben in unserer Gesellschaft und sollten daher auch mit der nötigen Ernsthaftigkeit behandelt werden.

Dr. Eckart Lensch (SPD-Stadtratsfraktion)

Sylvia Köbler-Gross (Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Walter Koppius (FDP-Stadtratsfraktion)